

## GROSSER RAT

GR.24.65

### VORSTOSS

#### **Interpellation der FDP-Fraktion (Sprecherin Sabina Freiermuth, Zofingen) vom 5. März 2024 betreffend mögliche Auswirkungen der Prämien-Entlastungs-Initiative auf den Kanton Aargau**

---

##### **Text und Begründung:**

Am 9. Juni 2024 stimmt die Stimmbevölkerung über die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ab. Die Initiative verlangt, dass die Prämien für die Grundversicherung nicht mehr als 10 % des verfügbaren Einkommens übersteigen dürfen. Ansonsten müssten Bund und Kantone mit Prämienverbilligungen (Kostenbeteiligung 2/3 Bund, 1/3 Kanton) einspringen. Schon ab 2030 würde dies zu Mehrkosten von jährlich bis zu 4.5 Milliarden Franken führen.

24.5 Prozent der Aargauer Bevölkerung bezogen im Jahr 2022 Prämienverbilligung, Tendenz steigend. Gemäss Berechnungen des Regierungsrats liegt der erwartete Gesamtaufwand für 2024 bei 391.2 Millionen Franken. Davon hat der Kanton Aargau 139.3 Millionen Franken zu tragen. Die Initiative hätte für Bund und gewisse Kantone erhebliche Mehrkosten zur Folge. Diese Mehrkosten hätten einmal mehr die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Mittelstands zu tragen.

Der Regierungsrat wird höflich ersucht, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Gemäss Angaben des Bundes entstehen bei Annahme der Initiative für den Kanton Aargau jährliche Mehrkosten von total 190 Millionen Franken (Bund 129, Kanton 61). Sind diese Kosten im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat die Kosten für die zusätzlichen Prämienentlastungen bei Annahme der Initiative zu decken? Könnten diese Mehrkosten zu Sparmassnahmen führen?
3. Die Gesundheitsversorgung ist Sache der Kantone. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sind daher von Kanton zu Kanton unterschiedlich und die Kantone entscheiden weitgehend selbst über Prämienverbilligungen. Mit einer bundesweiten Deckelung bei zehn Prozent des verfügbaren Einkommens blendet die Initiative kantonale Unterschiede aus, was aus föderalistischer Sicht umstritten ist. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat gegenüber der wachsenden Zentralisierung des Gesundheitswesens bei einer Annahme der Initiative?
4. Die Initianten erhoffen sich, mit der Prämien-Entlastungs-Initiative einen sinnvollen Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen beizusteuern. Erachtet der Regierungsrat die Prämien-Entlastungs-Initiative als probates Mittel im Kampf gegen die steigenden Krankenkassenprämien?
5. Bundesrat und beide Räte lehnen die Prämien-Entlastungs-Initiative ab und haben einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Wie beurteilt der Regierungsrat diesen indirekten Gegenvorschlag? Welche finanziellen Auswirkungen hätte dieser im Kanton Aargau?
6. Welche anderen Massnahmen können aus Sicht des Regierungsrats einen nachhaltigen Beitrag zur Dämpfung der Gesundheitskosten leisten?